

Die Politik der Bundesregierung und der Europäischen Union hat zum Ziel, das Verhältnis zu China gemäß dessen gewachsener politischer und wirtschaftlicher Stärke bei gleichzeitig wachsender globaler Verantwortung zu gestalten. Regelmäßige Konsultationen im Rahmen breit angelegter Dialogstrukturen auf allen Ebenen gehören dabei zu den Schlüsselinstrumenten. Die bilateralen Beziehungen zwischen Deutschland und China haben inzwischen eine solche Breite und Tiefe erfahren, dass in bestimmten Bereichen auch eine kritische Auseinandersetzung möglich geworden ist. Die Bundesregierung hat ein fundamentales Interesse daran, China gemäß seinem Gewicht in die Lösung wichtiger globaler Probleme einzubinden. Dies lässt sich nur durch einen umfassenden Kooperationsansatz erreichen. Eine umfassende Partnerschaft aber muss den offenen Dialog zu schwierigen und kontroversen Fragen ausdrücklich einschließen. Ein wichtiger Bereich ist dabei der Schutz der Menschenrechte. Menschenrechtsschutz einzufordern und die eigene Position deutlich zu vertreten ist dabei genauso wichtig, wie sich auf die konkreten Bedingungen der chinesischen Gesellschaft einzustellen.

Seit Monaten schon steht die Menschenrechtssituation in China in bislang nicht gekanntem Ausmaß im Fokus der internationalen und deutschen Öffentlichkeit. Zurückzuführen ist dies ohne Zweifel auf die am 8. August beginnenden Olympischen Spiele in Peking, aber auch die Bilder von den tibetischen Unruhen in Lhasa

Anfang März haben die Augen der Welt auf die Lage in China gelenkt.

Es kann keinen Zweifel geben: Das rasante Wirtschaftswachstum hat den Lebensstandard der meisten Chinesen verbessert. Nach Angaben der Weltbank leben derzeit in China zwar immer noch einhunderterteils Millionen Menschen unterhalb der Armutsgrenze von einem US-Dollar pro Tag. China ist es aber in den vergangenen Jahren gelungen, nahezu zweihundert Millionen Menschen aus der extremen Armut herauszuführen. Die chinesische Führung bekennt sich offiziell zu einem rechtsstaatlichen sozialen Regierungshandeln und ist bemüht, durch den Aufbau rechtsstaatlicher Strukturen eine höhere Verwaltungseffizienz und Fortschritte beim Kampf gegen Amtsmissbrauch und Korruption zu erreichen. Hier ist die Regierung auch einem Dialog mit anderen Staaten zugänglich. Zu begrüßen ist auch, dass mit Wirkung zum 1. Januar 2007 die alleinige Befugnis zur Überprüfung von Todesurteilen wieder auf das Oberste Volksgericht übergegangen ist und die Zahl der Hinrichtungen auch nach Angaben von nicht staatlichen Organisationen zurückgegangen ist. Auch wenn die Bundesregierung weiterhin die Abschaffung der Todesstrafe fordert und die Zahl der Hinrichtungen nach wie vor erschreckend hoch ist – Schätzungen gehen von etwa 7500 pro Jahr aus, das ist weit mehr als in allen anderen Staaten zusammen –, so ist dies doch zumindest ein Schritt in die richtige Richtung.

Deutlich festzustellen sind zudem eine wachsende Offenheit der Gesellschaft und ein Mehr an individuellem Freiraum, bedingt auch durch den Siegeszug moderner Kommunikationsformen wie des Internets, das sich in Ermangelung einer freien Presse klar als das eigentliche Forum öffentlicher Meinungsbildung in China durchgesetzt hat. In absoluten Zahlen hat China jüngst im März 2008 mit zweihundertsechzehn Millionen Internetnutzern sogar die USA überflügelt. Immer wieder gelingt es dabei den Nutzern und Bloggern, die staatliche Zensur zu umgehen. Die chinesische Gesellschaft bietet heute zweifelsohne die Möglichkeit zu freierer Meinungsäußerung im privaten Bereich, zu Mobilität und zu individueller beruflicher und wirtschaftlicher Entwicklung. Eine Zivilgesellschaft beginnt sich herauszubilden.

Ungleich verteilte Früchte

Gleichwohl ist eklatant, wie ungleich die Früchte des wirtschaftlichen Aufschwungs verteilt sind. So herrschen gewaltige Unterschiede zwischen Reformgewinnern und denjenigen Menschen, die mit den rasanten Veränderungen nur schwer Schritt halten können. China gehört deshalb zu den Ländern mit den größten Einkommensunterschieden weltweit. Gerade die Situation der Wanderarbeiter, die sich für den sichtbar gebauten Aufschwung der Metropolen zu Dumpinglöhnen anbieten müssen, zeigt in besonderer Weise, wie weit China auch im sozialen Bereich von internationalen Standards entfernt ist, zu deren Beachtung man sich auch gegenüber den Vereinten Nationen verpflichtet hat. Nicht selten kommt es zu Protesten auf lokaler Ebene, die sich oft gegen behördliche Willkür und Korruption richten, ausgelöst etwa durch Enteignungen ohne rechtzeitige vorherige Ankündigung oder angemessene Entschädigung. Mit der von der chinesischen Führung vor allem im Jahr der

Olympischen Spiele proklamierten „harmonischen Gesellschaft“ kontrastieren diese Manifestationen sozialer Unzufriedenheit scharf.

Doch die Hoffnung vieler Beobachter und Menschenrechtsaktivisten in China und im Ausland, dass Peking noch vor Beginn der Spiele eine signifikante Verbesserung der Lage der Menschenrechte herbeiführen werde, hat sich vor allem im Bereich der bürgerlichen und politischen Rechte nicht erfüllt. Ungeachtet der beschriebenen Reformansätze sind eine unabhängige Justiz, regierungsunabhängige Organisationen oder die Möglichkeit der freien Meinungsäußerung im öffentlichen Raum, die Kritik an der Führung zumindest duldet, nicht zu erkennen. Die von Nichtregierungsorganisationen veröffentlichten Zahlen inhaftierter Journalistinnen und Journalisten sind weiterhin hoch und geben Kunde von der nicht existierenden Pressefreiheit in China. An der zunehmenden Einschränkung der Meinungsfreiheit im öffentlichen Raum ändert auch nichts, dass die formalen Bedingungen für ausländische Journalisten im Vorfeld der Olympischen Spiele verbessert worden sind, zumal sich dies nicht auf die einheimischen Journalisten erstreckt. Das hohe Maß an Selbstzensur unter chinesischen Journalisten hat eher noch zugenommen. Auch der Druck auf die romtreue katholische Untergrundkirche und protestantische Hauskirchen ist nach wie vor groß.

Rechtsstaatlich besonders problematisch ist, dass neben der zeitigen Haftstrafe, die durch Gerichtsurteil verhängt und auf der Grundlage von Strafgesetzbuch und -prozessordnung als Umerziehung oder Umformung durch Arbeit (*laogai*) auch im Straflager vollzogen werden kann, verschiedene Arten der Administrativhaft existieren, also des Freiheitsentzugs bis zu vier Jahren ohne Gerichtsverfahren, darunter die sogenannte „Besserung durch Arbeit“ (*laodong jiaoyang*).

Viele Mitglieder etwa der Falun-Gong-Bewegung werden verfolgt und mit oder ohne Gerichtsurteil in solche Umerziehungslager eingewiesen.

Erhaltung der Macht

Nach wie vor hat für die chinesische Führung der Erhalt der Macht, das heißt des Systems und der nationalen Einheit, oberste Priorität. Nach chinesischer Lesart geht es nicht zuvorderst um die Rechtsstellung des Einzelnen, sondern um das Funktionieren staatlicher und gesellschaftlicher Abläufe. Der letzte Nationale Volkskongress im März 2008 hat einmal mehr gezeigt, dass allein die Kommunistische Partei Chinas bestimmt, in welchen Bahnen sich das öffentliche und private Handeln zu bewegen hat. Parlamentarische Kontrolle, unabhängige Justiz und freie Medien, aber auch die Zulässigkeit fundamentaler Kritik an Partei und Regierung werden als systemwidrig erachtet. Kritiker werden häufig der Subversion, der Schädigung des Ansehens des Staates oder der Gefährdung der Staatssicherheit beschuldigt.

Gleichzeitig gibt es jedoch in letzter Zeit Stimmen aus dem Umfeld von Menschenrechtsaktivisten in China, die ein sorgfältiger kalkuliertes Vorgehen der chinesischen Führung im Umgang mit Kritik konstatieren, etwa mit dem bekannten Pekinger Autor Liu Xiaobo, einem der Initiatoren eines offenen Briefes, in dem über vierzig prominente Intellektuelle die Regierung wegen anhaltender Menschenrechtsverletzungen im Vorfeld der Olympischen Spiele kritisierten. Daraus ergibt sich ein zum Teil widersprüchliches Bild: Einerseits wird im Vorfeld der Olympischen Spiele mit unnachgiebiger Härte gegen politische Dissidenten, bekannte Menschenrechtler und Unabhängige vorgegangen, andererseits ist eine eingeschränkte Lockerung der Kontrolle und „Toleranz“ gegenüber Kritik im nicht politischen Bereich auch in den

Medien zu beobachten, um dem Image der chinesischen Führung einen liberaleren Anstrich zu geben. In dieses Bild passen beispielsweise die unerwartete Freilassung einer Reihe von weniger bekannten Aktivisten, die vorzeitige Haftentlassung von Journalisten sowie die ungewöhnliche Entlassung zweier Gruppen von Hauskirchen-Führern aus Umerziehungslagern und aus der Untersuchungshaft – freilich gegen strenge Auflagen.

Zu beobachten ist ferner, dass es wie in jedem geschlossenen System auch in Partei und Regierung Kräfte gibt, die an politischen Reformen, echter Rechtsstaatlichkeit und deutlicher Verbesserung der Menschenrechtslage interessiert sind; doch sind diese nicht stark genug, um signifikante Veränderungen zu bewirken. Aber auch bei ihrer Argumentation nach innen hilft ihnen öffentlicher Druck von außen.

Weiterhin schwierig ist die Lage vor allem auch für die Minderheiten im Land. Die Angehörigen der fünfundfünfzig sogenannten „nationalen ethnischen Minderheiten“ machen laut Zensus von 1995 mit 108,5 Millionen insgesamt weniger als zehn Prozent der Bevölkerung der Volksrepublik aus. Sie werden als solche zwar nicht verfolgt, doch verfolgt die Zentralregierung eine Politik der autoritär-patriarchalischen Kontrolle. Insbesondere die Menschenrechtssituation in der Autonomen Region Tibet und in Teilen der Nachbarprovinzen Qinghai, Gansu, Sichuan und Yunnan ist unbefriedigend. Der Dalai-Lama und die tibetische Exilregierung werden als außerstaatliche Elemente und Bedrohung der nationalen Einheit perzipiert, auch weil sie das Denken der Menschen in China beeinflussen könnten. Aus diesem Grund wird die Religionsausübung in Tibet noch stärker kontrolliert als im Rest des Landes. Befürchtet wird offenbar auch ein Dominoeffekt in anderen Regionen wie Xinjiang oder der Inneren Mongolei.

Die chinesische Führung verfolgt daher seit einiger Zeit eine Strategie, die Repression und massive Kontrolle mit wirtschaftlicher Förderung und Modernisierung der Region verbindet. Damit einhergehend, forciert Peking eine gezielte, auf die Städte konzentrierte Sinsisierung Tibets und besetzt wichtige Positionen in Politik, Wirtschaft und Kultur mit regierungstreuen Personen, größtenteils Han-Chinesen. Dies führt dazu, dass die Tibeter trotz insgesamt durchaus verbesserter materieller Lebensbedingungen nicht gleichberechtigt an der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung beteiligt werden. Der Ausbruch der gewaltsamen Unruhen in Tibet und den angrenzenden von Tibetern bewohnten Gebieten am 14. März 2008 anlässlich des Jahrestags des tibetischen Aufstands von 1959 hat gezeigt, dass dieser Ansatz nicht tragfähig ist und auch den legitimen Rechten der Tibeter auf religiöse und kulturelle Autonomie zuwiderläuft.

In der öffentlichen Wahrnehmung weit weniger präsent, deshalb aber nicht minder besorgniserregend ist die Situation der mehrheitlich in der Autonomen Region Xinjiang lebenden knapp neun Millionen Angehörigen der muslimischen Minderheit der Uighuren. Ausgehend von vermuteten, bislang aber nicht erwiesenen Kontakten zwischen uighurischen Unabhängigkeitsgruppen und islamistisch-fundamentalistischen Gruppierungen in den Anrainerstaaten, geht die chinesische Regierung gegen jegliche – auch vermeintliche – Bestrebung nach größerer Autonomie mit großer Härte vor. Die Freiheit und Ausübung von Religion und Glauben wie auch die Meinungsfreiheit und die kulturelle Entfaltung unterliegen in der Region Xinjiang ganz besonderer Einschränkung. Während 1953 die Uighuren in Xinjiang mit fünfundsiebzig Prozent noch die absolute Mehrheit stellten, hat die Zuwanderungspolitik der Zentralregierung zu einem Rückgang auf

nur noch siebenundvierzig Prozent im Jahre 2000 geführt, gleichzeitig ist die Zahl der dort lebenden Han-Chinesen auf 40,7 Prozent gestiegen. Das Gefühl der Marginalisierung und Diskriminierung hat auch in Xinjiang zu zahlreichen Zusammenstößen zwischen Uighuren und chinesischen Sicherheitskräften geführt.

Dialog mit Minderheiten

Die Bundesregierung und die Europäische Union setzen sich auf der Grundlage einer Ein-China-Politik bereits seit Jahren dafür ein, dass eine Lösung für derartige Konflikte durch die chinesische Regierung in Zusammenarbeit mit den Vertretern der nationalen Minderheiten gefunden wird. Erforderlich ist ein konstruktiver und substanzieller Dialog zwischen der chinesischen Führung und den Minderheiten, der die Erhaltung ihrer Sprachen, Kultur, Religion und Traditionen einschließt. Ziel muss es sein, allen Minderheiten in China eine langfristige Perspektive für eine friedliche Entwicklung aufzuzeigen, in der sie ihre Kultur und Religion pflegen und entwickeln können. Ausdrücklich zu begrüßen ist deshalb die kürzlich geäußerte Bereitschaft der chinesischen Regierung, den seit Juli 2007 unterbrochenen Dialog mit Vertretern des Dalai-Lama wiederaufzunehmen. Dem müssen nun konkrete und substanzielle Fortschritte folgen.

Es ist nicht in Abrede zu stellen, dass China in den vergangenen Jahren Beachtliches erreicht hat. Es hat aber auf seinem Weg hin zu einem verantwortungsbewussten Teilhaber der Weltgemeinschaft noch erhebliche Probleme zu bewältigen. Wenn es dabei um grundlegende Menschenrechte und den Umgang mit den Rechten nationaler Minderheiten geht, muss sich China dem Urteil der Staatengemeinschaft ebenso wie jedes andere Land stellen. Für China gelten die gleichen Maßstäbe wie für andere Staaten, wohl wissend, wie schwierig es ist, ein

solches Land zu regieren und zu stabilisieren, woran auch verantwortliche Menschenrechtspolitik ein Interesse haben muss. Für die operative Politik der Bundesregierung bedeutet dies: Wir werden der chinesischen Regierung weiterhin deutlich machen, dass wir einen konstruktiven, auf Kooperation gerichteten Ansatz verfolgen, ohne dabei eine an Menschenrechten und Prinzipien orientierte Politik aufzugeben. Zu begrüßen ist, dass der nach dem Besuch des Dalai-Lama in Deutschland im September 2007 und einer völlig unnötigen innenpolitischen Debatte von chinesischer Seite ausgesetzte deutsch-chinesische Rechtsstaatsdialog vom 20. bis 22. April 2008 in München wiederaufgenommen werden konnte. Die Bundesregierung ist auch interessiert daran, den bilateralen Menschenrechtsdialog, der im Herbst letzten Jahres von China ebenfalls ausgesetzt wurde, fortzuführen.

Die chinesische Führung hat in den vergangenen Monaten die Erfahrung machen müssen, dass sich mit der Ausrichtung der Olympischen Spiele der an sich gewünschte Blick der internationalen Öffentlichkeit nicht allein auf das offiziell vermittelte China-Bild beschränkt, sondern weit darüber hinausreicht. Hierauf hat die Führung in Peking verunsichert und mit Maßnahmen reagiert, die dem Werkzeugkasten vergangen geglaubter Politpropaganda entstammen. Besonders deutlich wurde dies in der chinesischen Reaktion auf die Unruhen in Tibet im März 2008. Ausländischen Berichterstat-tern wurde der Zugang zur Krisenregion verwehrt, zwei Besuchsreisen von Journalisten sowie von Angehörigen ausländischer Botschaften waren sorgsam orchestriert, und innerhalb des Landes beschränkte sich die Berichterstattung auf die amtliche Version der Vorfälle. Dabei hätten die Ereignisse nach allem, was bekannt ist, durchaus Anlass zu differenzierter Berichterstattung gegeben. Statt-

dessen zeigte sich die chinesische Führung verbittert ob der Berichterstattung aus dem Ausland. Bemerkenswert, aber natürlich auch auf die einseitige Berichterstattung der chinesischen Medien im Inland zurückzuführen war das völlige Unverständnis, mit dem auch die chinesische Bevölkerung auf die „Kränkung“ durch das Ausland reagierte, die nach ihrer Meinung das Ziel verfolgte, die Ausrichtung der Olympischen Spiele zu beschädigen. Das Verwenden von falschen Bildern durch einige westliche Medien hat dem noch Vorschub geleistet.

Der chinesischen Seite sollte aber klar sein, dass Abschottung und Informationsblockade das Misstrauen des Auslands nur vergrößern. Nicht zuletzt deshalb ist auch ein Boykott der Olympischen Spiele kein geeignetes Mittel, um auf Menschenrechtsverletzungen in China zu reagieren. Vielmehr geht es darum, für den Erfolg der Olympischen Spiele, den die Regierung in Peking, die chinesische Bevölkerung und die gesamte Weltöffentlichkeit wünschen, die Verbesserung der Situation der von Menschenrechtsverletzungen betroffenen Menschen mit Nachdruck einzufordern, und zwar dauerhaft. Der kooperative und transparente Umgang der chinesischen Führung mit der Erdbebenkatastrophe in Sichuan am 12. Mai 2008, der sich wohltuend von dem völlig inakzeptablen Verhalten der myanmarischen Regierung nach dem verheerenden Zyklon im Irrawaddy-Delta abhob, sollte nicht nur uns ermutigen, sondern auch der Führung in Peking das Vertrauen in die Vorteile eines offenen, ehrlichen und transparenten Dialogs geben. Auch am 4. Juni 2008, dem neunzehnten Jahrestag der gewaltsamen Niederschlagung der Proteste auf dem Platz des Himmlischen Friedens, waren Aktivisten von damals weiterhin in Haft. Ihre seit Langem überfällige Freilassung wäre ein wichtiges Zeichen.